

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 19. September 1984
am Freitag, dem 21. September 1984

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann (CDU/CSU)	47, 78	Lowack (CDU/CSU)	75, 83
Bachmaier (SPD)	3, 4	Lutz (SPD)	16, 17
Bamberg (SPD)	37, 38	Peter (Kassel) (SPD)	10, 11
Bernrath (SPD)	68	Reents (DIE GRÜNEN)	73, 74
Frau Blunck (SPD)	57, 58	Frau Roitzsch (Quickborn) (CDU/CSU)	29, 30
Broll (CDU/CSU)	5, 6	Sauter (Ichenhausen) (CDU/CSU)	66, 67
Buschfort (SPD)	22, 23	Schmitt Wiesbaden (SPD)	43, 44
Dr. Czaja (CDU/CSU)	70	Schreiner (SPD)	24, 25
Dr. Ehmke (Bonn) (SPD)	81, 82	Dr. Schroeder (Freiburg) (CDU/CSU)	76, 77
Engelsberger (CDU/CSU)	91, 92	Schröder (Hannover) (SPD)	79, 80
Frau Fuchs (Köln) (SPD)	12, 13	Schwenniger (DIE GRÜNEN)	2, 8
Frau Geiger (CDU/CSU)	59, 60	Sielaff (SPD)	33, 34
Glombig (SPD)	14, 15	Frau Dr. Skarpelis-Sperk (SPD)	39, 40
Grünbeck (FDP)	53	Dr. Soell (SPD)	71
Heistermann (SPD)	41, 42	Dr. Sperling (SPD)	86, 87
Hinsken (CDU/CSU)	7, 93	Dr. Freiherr Spies von Büllenheim (CDU/CSU)	45, 46
Dr. Hupka (CDU/CSU)	28, 69	Frau Steinhauer (SPD)	26, 27
Jungmann (SPD)	9	Stiegler (SPD)	56
Kastning (SPD)	61, 62	Stutzer (CDU/CSU)	94, 95
Kirschner (SPD)	18, 19	Vahlberg (SPD)	1
Dr. Klejdzinski (SPD)	65, 100	Voigt (Frankfurt) (SPD)	35, 36
Kolbow (SPD)	63, 64	Weinhofer (SPD)	20, 21
Kraus (CDU/CSU)	88, 89	Weiß (CDU/CSU)	84, 85
Krizsan (DIE GRÜNEN)	31, 32	Frau Weyel (SPD)	96, 97
Frau Krone-Appuhn (CDU/CSU)	72	Frau Will-Feld (CDU/CSU)	98, 99
Dr. Lammert (CDU/CSU)	48, 90	Dr. de With (SPD)	101, 102
Lattmann (CDU/CSU)	51, 52	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	54, 55
Löffler (SPD)	49, 50		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	11
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	13
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	15

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD) Kann die Bundesregierung Presseberichte bestätigen, wonach die Kabinettsitzung vom 22. August 1984 nur von vier Bundesministern besucht wurde, und ist sie in der Lage, das Parlament über den Verbleib der restlichen 13 Mitglieder des Kabinetts im einzelnen aufzuklären?
2. Abgeordneter
Schwenninger
(DIE GRÜNE) Kann die Bundesregierung einen Bericht der Mainzer „Allgemeinen Zeitung“ vom 24. Juli 1984 bestätigen, daß der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Vogel, während eines offiziell als Urlaubsreise deklarierten Aufenthalts in Namibia für den Bundeskanzler sondiert hat und dort mit führenden Politikern von internen Parteien sowie dem südafrikanischen Generaladministrator zusammengetroffen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

3. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD) Trifft es zu, daß die Abgabe der Stellungnahme der Bundesregierung zu der UN-Konvention zur weltweiten Bekämpfung der Folter durch die erbetene Bedenkzeit des Bundesministers des Innern blockiert wird, und kann die Bundesregierung sicherstellen, daß der vom federführenden Bundesministerium der Justiz, dem Auswärtigen Amt und allen Bundesländern befürwortete Bericht trotzdem noch rechtzeitig für die Sitzung der UN-Vollversammlung am 17. September 1984 zugeleitet wird?
4. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD) Hält die Bundesregierung die Bedenken des Bundesministers des Innern mit dem Artikel 1 des Grundgesetzes für vereinbar, oder gilt nach Ansicht der Bundesregierung das dort aufgezeigte Menschenwürdegebot nur für deutsche Bürger?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post-
und Fernmeldewesen**

5. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Wie entwickelt sich die Zahl der Einstellungen von Ingenieuren bei der Deutschen Bundespost im Jahre 1984 im Vergleich zu den vergangenen Jahren?
6. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit, von der im Haushaltbegleitgesetz 1984 vorgesehenen Ermächtigung Gebrauch zu machen und auf die Absenkung des Eingangsamtes zu verzichten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

7. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, das Zonenrandgebiet durch Verlagerung von wenig publikumsintensiven Behörden dorthin zu stärken, und wenn ja, was käme dafür in Frage?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

8. Abgeordneter
Schwenninger
(DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Haushaltstiteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde und wird die Gewerbeschule in Windhoek (Namibia), die von der Otto-Benneke-Stiftung errichtet wird, gefördert, und wird Bundesminister Dr. Warnke der Einladung zur Grundsteinlegung dieser Schule im November 1984 nachkommen (siehe Mainzer „Allgemeine Zeitung“ vom 24. Juli 1984)?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

9. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, aus den derzeitigen finanziellen Überschüssen der Bundesanstalt für Arbeit Mittel für ehemalige Zeitsoldaten mit einer Verpflichtungszeit von zwei bis vier Jahren (SaZ 2-4), die nach ihrer Dienstzeit bei der Bundeswehr arbeitslos sind und wegen ihres besonderen Status weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe erhalten, bereitzustellen, um ihnen im Vorgriff auf die von der Bundesregierung beabsichtigte Anwendung des „Entwicklungshelfermodells“ auf Zeitsoldaten (SaZ 2-4) eine wirksame Sozialleistung zukommen zu lassen?
10. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Aus welchen Gründen werden bei den Arbeitsämtern in den Mikrofilm-Lesegeräten zur Ausweisung offener Stellen diese mehrheitlich nicht geschlechtsneutral ausgewiesen?
11. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Welche rechtlichen Veränderungen sind nötig, um eine geschlechtsneutrale Ausweisung dieser Stellen sicherzustellen?

- | | |
|--|--|
| 12. Abgeordnete
Frau Fuchs (Köln)
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Personalsituation der Bundesanstalt für Arbeit, und kann sie die Feststellung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, bestätigen, daß zur Zeit etwa 5 000 Kräfte in den Arbeitsämtern der Bundesrepublik Deutschland fehlen? |
| 13. Abgeordnete
Frau Fuchs (Köln)
(SPD) | Wie viele Planstellen sind zur Zeit in den Arbeitsämtern nicht besetzt, wie viele Stellen fehlen gemessen an dem anerkannten Stellenbemessungssystem der Bundesanstalt für Arbeit? |
| 14. Abgeordneter
Glombig
(SPD) | Ist in Anbetracht der Stellensituation der Bundesanstalt für Arbeit ein aktiver Einsatz der operativen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gewährleistet, erfolgen insbesondere Betriebsbesuche, Arbeitsberatungen und Begleitungen von Einstellungsgesprächen schwer vermittelbarer Arbeitssuchender in ausreichendem Umfang? |
| 15. Abgeordneter
Glombig
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung, für den Bereich der Bundesanstalt für Arbeit eine Ausnahme von der halbjährlichen Stellenbesetzungssperre mit dem Haushaltsgesetz 1985 zuzulassen? |
| 16. Abgeordneter
Lutz
(SPD) | Wie hoch wird nach den Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit der Überschuß für das Haushaltsjahr 1984 sein? |
| 17. Abgeordneter
Lutz
(SPD) | In wie vielen Arbeitsämtern sind die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereits erschöpft? |
| 18. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | In wie vielen Arbeitsämtern sind die Mittel für Eingliederungshilfen bereits erschöpft? |
| 19. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | In welchem Umfang sind weitere Aufstockungen der Haushaltsmittel der Bundesanstalt für Arbeit notwendig, um weitere Engpässe in den letzten Monaten des Jahres 1984 zu verhindern? |
| 20. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD) | Sind der Bundesregierung Überlegungen der Bundesanstalt für Arbeit bekannt, die Berechnungen der Arbeitslosenquoten von der heutigen Basis, der Volks- und Berufszählung bzw. den Mikrozensus-Ergebnissen auf die Basis der Statistik sozialversicherungspflichtig Beschäftigter umzustellen, und welche Auswirkungen hätte das in der Praxis? |

- | | |
|--|--|
| 21. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD) | Wäre eine entsprechende Umstellung der Statistik geeignet, die bisher bekanntgewordenen regionalen Verzerrungen der Arbeitslosenstatistik zu beseitigen? |
| 22. Abgeordneter
Buschfort
(SPD) | Wie hat sich im Vergleich von Oktober 1982 zu August 1984 der Anteil der Leistungsempfänger an der Gesamtzahl der Arbeitslosen entwickelt, und wie hoch war in diesem Zeitraum der Anteil der Arbeitslosenhilfeempfänger? |
| 23. Abgeordneter
Buschfort
(SPD) | Kann deshalb die Arbeitslosenversicherung noch die ihr vom Gesetzgeber zugeordnete Rolle wahrnehmen, und ist hinsichtlich der Entwicklung der Leistungsempfängerquoten, insbesondere die Entwicklung hin zur Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe vergleichbar mit den Erfahrungen, die Anfang der 30er Jahre gemacht wurden? |
| 24. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) | Werden die Arbeitslosen regelmäßig in Abständen von nicht länger als drei Monaten zu einer Arbeitsberatung eingeladen, wie es nach § 15 Abs. 2 Arbeitsförderungsgesetz vorgesehen ist? |
| 25. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) | Wie viele Arbeitslose werden von den Arbeitsämtern nicht mehr erfaßt, weil sie sich wegen offensichtlicher Aussichtslosigkeit der Vermittlungsbemühungen nicht mehr gemeldet haben? |
| 26. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD) | Überlegt die Bundesregierung, das 1975 an die Bundesanstalt für Arbeit gewährte Darlehen zurückzufordern, und wenn ja, für welchen Verwendungszweck sind die Mittel vorgesehen? |
| 27. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD) | Befürchtet die Bundesregierung einen Rechtsstreit hinsichtlich der Rückforderung des Darlehens aus dem Jahr 1975, weil die Bundesanstalt für Arbeit dazu bekanntlich eine andere Rechtsauffassung hat? |
| 28. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, die Sprachförderung für Aussiedler schon deswegen auf den Zeitraum von zwölf Monaten zu erweitern, weil die Deutschkenntnisse der jetzt aus Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße zu uns kommenden Aussiedler auf Grund der zwangsweisen Polonisierung immer schlechter werden? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

- | | |
|--|--|
| 29. Abgeordnete
Frau
Roitzsch
(Quickborn)
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, die Versetzungszeiträume von Berufssoldaten auf fünf bis sechs Jahre zu erweitern? |
|--|--|

30. Abgeordnete
Frau Roitzsch (Quickborn)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß dadurch die Belastungen der Soldatenfamilien in der Berufsausübung der Ehefrauen und der schulischen Ausbildung der Kinder gemindert und die anfallenden Umzugskosten für die Bundesregierung verringert werden könnten?
31. Abgeordneter
Krizsan
(DIE GRÜNEN)
- Werden bei der Verbrennung von Lost in der Kampfstoff-Verbrennungsanlage Munster chlororganische Stoffe wie Dioxine oder Dibenzofurane freigesetzt, und wie werden die Nervengifte Tabun, Sarin und andere entgiftet?
32. Abgeordneter
Krizsan
(DIE GRÜNEN)
- Welchem Zweck dient der sogenannte Ersatzübergang bei Sürth/Rhein, und ist die Bevölkerung umfassend über dieses Bauvorhaben informiert worden?
33. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Hat sich die Meinung der Bundesregierung in den letzten Monaten in bezug auf die Anmietung von Sportflugplätzen als Alternative zum Bau von Ausweich- bzw. Notlandeplätzen auf Bundesautobahnen für Flugzeuge der Luftwaffe und der Marine dahin gehend geändert, daß das Bundesverteidigungsministerium nun doch bereit ist, verstärkt angemietete Sportplätze zu nutzen?
34. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Hat sich eine Ersatzlösung für den Notlandeplatz an der A 63 bei Morschheim gefunden, und wird das Bundesverteidigungsministerium die Forderung des Baus eines Notlandeplatzes im Planfeststellungsverfahren nunmehr zurückziehen (siehe Drucksache 10/1341, S. 19)?
35. Abgeordneter
Voigt (Frankfurt)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung von General Rogers, daß die NATO zwei neue Arten binärer chemischer Munition benötigt, erstens „weiterreichende für feindliche Aufmarschgebiete hinter der Front, Flugplätze und logistische Basen“ und zweitens „Munition für kurze Reichweiten“?
36. Abgeordneter
Voigt (Frankfurt)
(SPD)
- Entspricht die chemische Vergeltungsstrategie General Rogers dem strategischen Konzept der Bundesregierung?
37. Abgeordneter
Bamberg
(SPD)
- Sind Presseberichte richtig, nach denen das Bundesverteidigungsministerium plant, Offizieren mit 46 Jahren das vorzeitige Ausscheiden aus dem aktiven Dienst zu ermöglichen und durch finanzielle Anreize zu forcieren?

38. Abgeordneter
Bamberg
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, diese Pläne einer seriösen Überprüfung in bezug auf die praktische Durchführbarkeit zu unterziehen und dabei auch die körperlich nicht geringeren Belastungen der im Schichtdienst Beschäftigten, wie z. B. beim Zoll, miteinzubeziehen?
39. Abgeordnete
Frau
Dr. Skarpelis-Sperk
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es für nützlich, daß bei dem Einsatz von Sky-Guard-Geräten, die zur Überwachung von Tieffliegern dienen, der genaue Einsatzort den örtlichen Zeitungen zu entnehmen ist und mithin dort stationierte Piloten, die auf sie lauernde Radarfalle quasi beim morgendlichen Zeitunglesen erfahren?
40. Abgeordnete
Frau
Dr. Skarpelis-Sperk
(SPD)
- Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß diese „Öffentlichkeitsarbeit“ den Sinn des Einsatzes von Sky-Guard-Geräten ad absurdum führt, und was gedenkt sie dagegen zu unternehmen, um diese Art von Informationen an die Presse (siehe den Kreisboten Pfronten-Füssen vom 30. August 1984, Ausgabe G, Memminger Zeitung vom 7. August 1984) zu verhindern?
41. Abgeordneter
Heistermann
(SPD)
- Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, welche Baumaßnahmen auf dem Flugplatz und Gelände der Hobart Barracks in Detmold zur Zeit durchgeführt oder demnächst verwirklicht werden, und welchen Aufgaben dienen sie?
42. Abgeordneter
Heistermann
(SPD)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, daß die Sorgen und Ängste Detmolder Bürger über zusätzliche Lärmbelästigungen durch Stationierung weiterer Hubschrauber ernstgenommen und eine frühzeitige und bessere Information der betroffenen Bürger über beabsichtigte Maßnahmen durch die zuständigen Behörden vorgenommen wird?
43. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD)
- Welches Ergebnis hatten die in der Öffentlichkeit angekündigten Gespräche des Bundesministers der Verteidigung „auf höchster Ebene“ in Washington über alternative Standorte für die Hubschrauberstationierung in Wiesbaden-Erbenheim?
44. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD)
- Trifft es zu, daß die bisher von der Bundesregierung angebotenen Alternativstandorte von den US-Streitkräften nicht akzeptiert worden sind, und ist die Bundesregierung bereit, im Interesse der Bevölkerung von Mainz und Wiesbaden durch geeignete Maßnahmen für die Infrastruktur der vorgeschlagenen Alternativstandorte die US-Streitkräfte zur Änderung ihrer Stationierungspläne für Wiesbaden-Erbenheim zu bewegen?

45. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von Bülesheim**
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es für notwendig, verstärkte Bemühungen zu unternehmen, um Angehörige ausländischer Streitkräfte und ihre Familien während ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland mit unserem Land vertraut zu machen (Kontakte zu deutschen Mitbürgern, Förderung von Freundschaftsvereinigungen, Unterstützung von gemeinsamen Fahrten nach Berlin zur Zonengrenze oder zu bedeutsamen Orten deutscher Geschichte etc.), und welche finanziellen Mittel stehen für solche Bemühungen zur Verfügung?
46. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von Bülesheim**
(CDU/CSU)
- Ist das Bundesministerium der Verteidigung bereit und in der Lage, durch die Gestellung von Bussen und einfachen Unterbringungsmöglichkeiten oder auf andere Weise gemeinsame Fahrten von Angehörigen ausländischer Streitkräfte mit Deutschen an bedeutsame Orte deutscher Geschichte zu unterstützen?
47. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es angesichts der hohen Zahlen arbeitsloser Pädagogen für vertretbar, auf den Bundeswehrhochschulen weitere Diplom-Pädagogen auszubilden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

48. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß die erforderlichen Stellen in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen für die im Zusammenhang mit der geplanten Änderung der Bundesärzteordnung nach dem Studienabschluß vorgesehene zweijährige Zeit als „Ärzte im Praktikum“ auch tatsächlich bereitgestellt werden?
49. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Welche Probleme werden im Rahmen des Gesundheitsabkommens mit der DDR mit den bestehenden Kommunikationswegen nicht zufriedenstellend gelöst?
50. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die Gründung einer deutsch-deutschen Ärztekommision für sinnvoll, um die Aufgaben der Beauftragten der beiden deutschen Staaten in Fragen der täglichen medizinischen Praxis zu ergänzen?
51. Abgeordneter
Lattmann
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß auf vielen im Haushalt verwendeten chemischen Produkten wie Wasch-, Reinigungs- und Putzmitteln sowie Kosmetika exakte und lückenlose Angaben über die chemische Zusammensetzung fehlen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

- | | |
|--|--|
| 52. Abgeordneter
Lattmann
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung die gesetzlichen Bestimmungen über die Auszeichnung dieser Produkte für ausreichend? |
| 53. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP) | Wie beurteilt die Bundesregierung die möglichen nachteiligen Folgen der Praxis der Wasserversorgungsunternehmen, zunehmend zentral Phosphate oder Silikate für Wasserabnehmer zu dosieren, bei denen der Phosphat- oder Silikatgehalt stört (beispielsweise Getränkehersteller), und welche Auswirkungen hat diese Praxis nach ihrer Auffassung auf die mögliche Eutrophierung der Abwässer? |
| 54. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) | Stimmt der Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ Nr. 207, daß die Einnahme von karotinhaltigen Bräunungsmitteln mit den Stoffen Betakarotin und Canthaxanthin zu gesundheitlichen Schäden, insbesondere krankhaften Veränderungen der Netzhaut des Auges führe, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen? |
| 55. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) | Sieht die Bundesregierung in der Benutzung von Bräunungsmitteln und einer unkontrollierten und übermäßigen Anwendung von Bestrahlungen in Sonnenstudios und durch private Höhensonnen gesundheitliche Gefahren, und wie gedenkt sie die Bevölkerung sachlich aufzuklären? |
| 56. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) | Ist die Bundesregierung in der Lage und gegebenenfalls bereit, eine Repräsentativerhebung zur Abgabe alkoholfreier Getränke billiger als alkoholische Getränke in Gaststätten der Bundesrepublik Deutschland in Auftrag zu geben, um eine genauere Kontrolle über das Ergebnis der vielfältigen Appelle an die Gastwirte zu bekommen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

- | | |
|--|--|
| 57. Abgeordnete
Frau
Blunck
(SPD) | Welche Vorkehrungen wird die Bundesregierung für den Fall treffen, daß aus dem Wrack des im Ärmelkanal liegenden französischen Frachters die mit Atommüll gefüllten Fässer austreten und auf die deutsche Nordseeküste zuzutreiben drohen? |
| 58. Abgeordnete
Frau
Blunck
(SPD) | Werden seitens der Bundesregierung in diesem Fall auch besondere Maßnahmen zum Schutz der deutschen Fischerei ins Auge gefaßt, und wenn ja, welche? |

59. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU)
- Welche Einsparungen verspricht sich die Bundesregierung durch die Einstellung des Schienenhalts in der Gemeinde Farchant, nachdem der Bahnhof Farchant nach wie vor mit denselben Personen besetzt ist?
60. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß den Kunden im Bahnhof Farchant keine Fahrkarten verkauft, keine Zugauskünfte und Informationen mehr gegeben werden und daß die neu eingesetzten RVO-Linienverbindungen nicht reibungslos arbeiten?
61. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Ab wann kann mit dem Einsatz rollstuhlgerechter Wagen bei der Deutschen Bundesbahn mindestens bei einigen täglichen Zugverbindungen im Schienennahverkehr und Schienenregionalverkehr außerhalb von S-Bahnbereichen auf Strecken mit nennenswerter Nutzung durch Rollstuhlfahrer gerechnet werden?
62. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Welche Absichten bestehen bei der Deutschen Bundesbahn, neben der eigentlichen Beförderung von Rollstuhlfahrern auch das Problem des Ein- und Aussteigens dieser Fahrgäste technisch zufriedenstellender als bisher und nicht nur auf Großbahnhöfen zu lösen?
63. Abgeordneter
Kolbow
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Absichten, aus Gründen der Flurbereinigung die Bundesbahnnebenstrecke Ochsenfurt—Weikersheim im Landkreis Würzburg stillzulegen und diese sogenannte „Gaubahnstrecke“ endgültig aufzulassen?
64. Abgeordneter
Kolbow
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Deutschen Bundesbahn vom 1. März 1982, die Teilstrecken Ochsenfurt—Bieberehren und Weikersheim—Schäftersheim langfristig zu erhalten, wenn das Verkehrsaufkommen in der jetzigen Höhe gehalten werden kann?
65. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die „Alte Fahrt“, den sieben Kilometer langen Kanalarms südlich des Dortmund-Ems-Kanals, in seiner Bedeutung als Erholungsgebiet zu erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

66. Abgeordneter
Sauter
(Ichenhausen)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der deutsche Botschafter in Washington nicht auf dem Konvent der Republikaner in Dallas anwesend war, auf dem Präsident Reagan und Vizepräsident Bush als Kandidaten für eine weitere Wahlperiode nominiert wurden, an dem Konvent der Demokraten jedoch teilnahm, und wenn ja, wie rechtfertigt der Botschafter sein unterschiedliches Verhalten?

67. Abgeordneter
Sauter
(Ichenhausen)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten des deutschen Botschafters in Washington im Hinblick auf die verstärkten Aktivitäten des Botschafters der „DDR“, wie sie in dessen Teilnahme am Konvent der Republikaner zum Ausdruck kommt?
68. Abgeordneter
Bernrath
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, den Teilnehmern der Marbella Tennis-Academy (Träger: Tennis Professionel Management, Düsseldorf) den Besuch der Deutschen Schule in der Provinz Málaga (Elvira/Marbella) zu ermöglichen?
69. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß unter den in Friedland registrierten Deutschen aus Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße nur noch ein ganz geringer Prozentsatz Deutsche sind, die mit einem Ausreisevisum zu uns kommen, und worauf führt sie das restriktive Verhalten der Volksrepublik Polen zurück?
70. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Leitet der Bundesaußenminister aus seiner Forderung nach Beachtung auch von Interessen des polnischen Volkes ähnliche Forderungen, wie seit einem Jahr die Administration der verbündeten USA (Vizepräsident Bush in Wien 30. September 1983, Präsident Reagan am 17. August 1984 und zweimal danach, zuletzt in Doylestown) ab, wonach unter Berücksichtigung sowjetischer Sicherheitsinteressen schrittweise in Osteuropa und insbesondere im polnischen Bereich ein Zustand anzustreben ist, wo die Bedingungen der Konferenz von Jalta auf freie und unbehinderte Wahlen schließlich erfüllt werden, was gleichzeitig auch eine Vorbedingung für die gemeinsame Mitwirkung der Siegermächte an Verhandlungen über die Regelung der offenen Fragen territorialer Souveränität und gebietlicher Zugehörigkeit in strittigen Gebieten in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland ist?
71. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung es nach wie vor ablehnt, die UN-Konvention zur Unterdrückung des Menschenhandels und der Ausbeutung der Prostitution von 1949 zu unterzeichnen, und – falls dies zutreffend ist – welches sind die Gründe für diese Ablehnung?
72. Abgeordnete
Frau
Krone-Appuhn
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Kampfflugzeug MRCA-Tornado durch den griechischen Ministerpräsidenten am 31. Juli 1984 von der Vorauswahlliste gestrichen worden ist, und wird die Bundesregierung aus diesem Entscheidungsprozeß Konsequenzen für die Griechenlandhilfe ziehen?

73. Abgeordneter
Reents
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung versichern, daß sie in ihrer Gesamtheit – einschließlich der Bundesminister die als Bundestagsmitglieder am 20. Februar 1974 gegen die Ratifizierung des Atomsperrvertrags (Nichtverbreitung von Kernwaffen) gestimmt haben – keinen Mitbesitz und keine Mitverfügung über Atomwaffen für die Bundesrepublik Deutschland anstrebt, und wenn ja, würde eine solche Versicherung auch einen Nichtmitbesitz und eine Nichtmitverfügung über Systeme zur Zielplanung und zur Lenkung von Atomwaffen im Weltraum einschließen, deren gemeinsame Entwicklung der französische Staatspräsident Mitterrand vorgeschlagen hat?
74. Abgeordneter
Reents
(DIE GRÜNEN)
- Welche Beschlußfassung nach Artikel 3 in Protokoll III des WEU-Vertrages über die Höhe der Bestände von Atomwaffen der atomwaffenbesitzenden WEU-Mitgliedstaaten hat es in der Vergangenheit in der WEU gegeben, und welche Haltung hat der Vertreter der Bundesregierung im Rat der Westeuropäischen Union bei den jeweiligen Abstimmungen eingenommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

75. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Rahmen einer Gesetzesinitiative, § 17 Abs. 2 Bundes-Immissionsschutzgesetz unter Beachtung von Artikel 14 des Grundgesetzes zu ändern, so daß immissionsträchtige Altanlagen in Zukunft rigoroser angefaßt werden können, etwa durch Definition der wirtschaftlichen Vertretbarkeit durch objektive Kriterien, die für alle Betreiber immissionsträchtiger Anlagen Geltung haben?
76. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Schwierigkeiten im Oberelsaß, die einer Durchführung des deutsch-französischen Übereinkommens aus dem Jahre 1983 zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride (Salzabkommen) entgegenstehen, und welche Folgerungen zieht sie hieraus?
77. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen hat die beabsichtigte Untergrundverpressung der Salzabfälle aus den elsässischen Kaliminen auf das Grundwasser am Oberrhein und insbesondere auch auf das Thermalwasser in diesem Gebiet (Bad Bellingen, Bad Krozingen, Badenweiler und Freiburg)?
78. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Wie sollen im Rahmen möglicher Vergünstigungen bei der Anschaffung oder dem Betrieb umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge die gegenwärtigen Schwefelemissionen berücksichtigt und andererseits der Tatsache Rechnung getragen wer-

den, daß Halter von Diesel-Kraftfahrzeugen bereits heute höhere Anschaffungskosten haben, ebenfalls bleifreien Kraftstoff (Diesel-Öl) verwenden und Dieselmotoren wesentlich niedrigere Abgasemissionen (Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoff) zur Folge haben?

79. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD)

Trifft die Meldung des Pressedienstes „Blick nach rechts“ vom 3. September 1984 zu, daß im Jahre 1983 im Bundesgebiet nicht nur die im Verfassungsschutzbericht 1983 genannten 68, sondern 158 rechtsextremistischen Organisationen gearbeitet haben?

80. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD)

Was hat die Bundesregierung bewogen, im Gegensatz zu der detaillierten Berichterstattung über linksextremistische Organisationen, im Bericht von den zugestandenen 68 rechtsextremistischen Organisationen nur 22 namentlich zu erwähnen?

81. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Bonn)
(SPD)

Hat die Bundesregierung konkrete Vorstellungen zur Konzeption und zum Standort eines Ehrenmals für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft in Bonn entwickelt, und wenn ja, welche?

82. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Bonn)
(SPD)

Hält die Bundesregierung die Zusammensetzung des Kuratoriums „Nationale Mahn- und Gedenkstätte in Bonn“ auch ohne die Beteiligung der Jüdischen Gemeinde und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit für sachgerecht, und inwieweit ist das oben genannte Kuratorium an der Planung des Ehrenmals für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft beteiligt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

83. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, eine Gesetzesinitiative zu unterstützen, so daß für die den Ausbildungsbetrieben entstehenden Kosten der außerschulischen beruflichen Bildung wegen der Unauflöslichkeit des Berufsausbildungsvertrages eine Rückstellung in der Bilanz vorgenommen werden kann, nachdem der Bundesfinanzhof in seinem Urteil vom 25. Januar 1984 I R 7/80 BStBl. 1984 II S. 344 angesichts der derzeit bestehenden gesetzlichen Regelung die Bildung solcher Rückstellungen für steuerrechtlich nicht zulässig erklärt hat?

84. Abgeordneter
Weiß
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung aus vorbereitenden Gesprächen mit Vertretern der Kirchen Auskunft darüber geben, ob Pressemeldungen zutreffen, wonach die Kirchen anstreben, die Kinderfreibeträge nur zum Teil wirksam werden zu lassen, so daß für Familien mit Kindern die Kirchensteuer anteilig weniger sinkt als die Lohn- und Einkommensteuer?

85. Abgeordneter
Weiß
(CDU/CSU) In welchem Umfang wird sich die geplante Anhebung der Kinderfreibeträge auf das Kirchensteueraufkommen getrennt nach Konfessionen auswirken?
86. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung entsprechend der Aussage von Bundesminister Dr. Schneider, einen Schuldzinsenabzug für Ausgaben zur Altbaurenovierung einzuführen?
87. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Hält die Bundesregierung einen solchen Schuldzinsenabzug steuersystematisch mit der angestrebten Konsumgütlösung für die steuerliche Behandlung selbstgenutzten Wohneigentums für vereinbar?
88. Abgeordneter
Kraus
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die von der Börsensachverständigenkommission aufgestellten Insider-Regeln für ausreichend?
89. Abgeordneter
Kraus
(CDU/CSU) Wie ist der Stand der Harmonisierungsbestrebungen auf diesem Gebiet innerhalb der Europäischen Gemeinschaft?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

90. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die jüngst in Kreisen der deutschen Automobilindustrie vorgetragene Befürchtung einer generellen Strukturkrise in der europäischen Automobilindustrie, die wegen der derzeitigen Überkapazitäten, den direkten und indirekten Importbeschränkungen und dem Konkurrenzdruck vor allem japanischer Hersteller ohne Gegensteuerungsmaßnahmen zu einer Situation wie in der Stahlindustrie führen könnte?
91. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Treffen Meldungen des SPIEGEL Nr. 37/84 zu, wonach auf Grund der großen Gaslieferungsmengen aus der Sowjetunion die bundesdeutsche Gasförderung gedrosselt werden muß?
92. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung das seinerzeit von der Regierung Schmidt abgeschlossene Rusingasgeschäft hinsichtlich seiner Preisgestaltung und quantitativen Größenordnung vor dem Hintergrund allgemeiner energiepolitischer Entwicklungen (z. B. Prognos-Studie)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

93. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Wann läuft in diesem Jahr eine Weihnachtsbutteraktion an, und mit welchem Preis kann der Verbraucher rechnen?

94. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung der in der wissenschaftlichen Zeitschrift „Blutalkohol“ vom Juli 1984 geschilderte Versuch „Tierexperimentelle Untersuchungen im Verlauf der Blutalkoholkurve im Schockzustand“ bekannt, und wenn ja, ist dieser Versuch nach Auffassung der Bundesregierung mit dem deutschen Tierschutzrecht vereinbar?
95. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, von der zuständigen Genehmigungsbehörde über diesen Versuch einen Bericht einzuholen?
96. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD)
- Wie ist der Stand der Vorbereitungen zur Umsetzung der neuen EG-Verordnung über die Ernte-, Erzeugungs- und Bestandsmeldungen für Wein in den Weinbaubereichen der Bundesländer?
97. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD)
- Ist sichergestellt, daß die Winzer und Genossenschaften rechtzeitig vor Beginn der Lese 1984 über die für sie einschneidenden neuen Bestimmungen ausreichend informiert werden?
98. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Verärgerung der Winzer über EG-Regelungen – und nicht nur die der Moselwinzer – ständig zunimmt, weil neun Zehntel des Weins der EG nicht in der Bundesrepublik Deutschland produziert werden, aber ein großer Teil der Regelungen der EG, die für die Zukunft vorgesehen sind, wie beispielsweise das Verbot von Zucker ab 1990, sich in erster Linie gegen den kleinsten Teil der europäischen Anbaubereiche richten?
99. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß die Agrarminister der EG-Staaten in der nächsten Zeit über Prämien aus der EG-Kasse für die Stilllegung von 210 000 Hektar Weinbergen (= 22 Millionen Hektoliter Wein) entscheiden werden, und wenn ja, welche Vorstellungen hat die Bundesrepublik Deutschland über national übergreifende Kontrollen, die garantieren, daß auch tatsächlich die Weinberge ausgehauen werden?
100. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es für sinnvoll, daß Erholungsgebiete wie z. B. die „Alte Fahrt“ zerstört werden, um die landwirtschaftliche Nutzfläche zu vergrößern, obwohl seit Jahren eine Überproduktion an landwirtschaftlichen Erzeugnissen besteht, und inwieweit werden landschaftspflegerische und ökologische Aspekte bei der Absenkung und Verringerung des Wasserspiegels der „Alten Fahrt“ berücksichtigt?
101. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Was war Ziel und Ergebnis der dreitägigen Gespräche ab 28. August 1984 in Bischofsgrün/Oberfranken zwischen Forstsachverständigen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland?
102. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Unter welcher Thematik und mit welchem Ziel werden diese bilateralen Gespräche fortgesetzt?

Bonn, den 14. September 1984